

Renate Münder

Kein heißer Herbst – was nun?

„Heiß“ sollte der Herbst werden, wieder einmal! Den Protest gegen das Sparpaket in die Betriebe tragen – die Gewerkschaften gaben sich entschlossen, den Widerstand zu organisieren. Allein bei den letzten Großkundgebungen in Stuttgart, Dortmund, Nürnberg und Erfurt nahmen 100.000 Kolleginnen und Kollegen teil, weit mehr als erwartet und in kämpferischer Stimmung. Rechnet man die Arbeiter und Angestellten bei den Betriebs- und Personalversammlungen hinzu, kommt man auf bis zu zwei Millionen. Von den gewerkschaftlichen Infoständen und Unterschriftensammlungen ganz zu schweigen. Und auch das war ein Fortschritt: endlich wurden auf Betriebs- und Personalversammlungen wieder politische Themen angesprochen und Gegenwehr diskutiert.

Aber wie viele Belegschaften auch vors Tor marschierten, das geht aus den gewerkschaftlichen Informationen nicht hervor. In Braunschweig standen die VW-Kollegen vier Stunden zusammen mit anderen Belegschaften auf dem Burgplatz, mehrere Tausend protestierten in Salzgitter während der Arbeitszeit, in Bremen war es die Daimler-Belegschaft und in München die Angestellten der Postbank; auch an vielen Standorten des Bosch-Konzerns gab es Kundgebungen vor dem Betrieb usw.

Gut - aber nicht gut genug. Das konnten auch die eindrucksvollen Großkundgebungen nicht aufwiegen. Und eine Fortsetzung der Aktionen ist nicht zu erwarten - trotz so mancher Beteuerungen vom DGB-Chef bis zum bayerischen IGM-Bezirksleiter – wenn nicht bloß verbaler Protest gemeint ist. Das liegt nicht an den Kolleginnen und Kollegen in den Betrieben, die deutlich gemacht haben, dass sie bereit sind zu kämpfen. So bleibt es beim Dampfablassen. Kein Wunder, dass die Regierung sich bisher unbeeindruckt zeigt.

Politischer Streik entscheidend

Ohne das Kampfmittel des politischen Streiks werden wir keinen Erfolg erzielen gegen Regierung und Kapital. Er ist immer noch Tabu dank der Arbeitsgerichtsurteile der Klassenjustiz – zumindest in den Führungsetagen der IGM u. a. Gewerkschaften. Dabei wäre es möglich gewesen, aus den Aktionen Vorübungen für politische Streiks zu machen. Der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske hatte einen dementsprechenden Vorschlag gemacht: es sollten möglichst viele Personal- und Betriebsversammlungen „am selben Tag und zur selben Zeit stattfinden“ und dann „ zu einem verabredeten Zeitpunkt an einem gemeinsamen Treffpunkt ihren Abschluss finden (...), um so gemeinsam ein Zeichen zu setzen.“ (1) Einen konkreten Vorschlag machte Bsirske leider aber nicht!

Auf dem verdi-Bundeskongress 2007 wurde ein Antrag für ein allumfassendes Streikrecht (einschließlich des politischen Streiks und des Generalstreiks) angenommen, und Bsirske setzt sich inzwischen auch in der Öffentlichkeit dafür ein, erinnert an den Kapp-Putsch und lobt die „Protestkultur der Franzosen“ (2). Doch die Kampfkraft von verdi ist immer noch wesentlich geringer als die der Metaller. Zwar konnten neue Schichten der Arbeiterklasse für den ökonomischen Kampf gewonnen werden, die Krankenhausangestellten, die Erzieherinnen, die Gebäudereiniger und Angestellte im Handel z. B. Aber der größte Teil des Öffentlichen Diensts ist nach wie vor geprägt von einer engen Zusammenarbeit mit den Arbeitgebern.

IG Metall blockiert

Um die Regierung aufzuschrecken, hätte es unbedingt der IG Metall bedurft. Doch die Gewerkschaft, die tatsächlich in der Lage wäre, Zigtausende in den Streik zu führen – auch wenn das schwieriger geworden ist - wird von ihrer Führung blockiert. Ihr Vorsitzender Berthold Huber betonte, die IGM habe nicht die Absicht, aus den regionalen Protestaktionen langfristig politische Streiks zu machen, wobei er sich von „französischen Verhältnissen“ distanzierte. Huber argumentiert lieber auf der moralischen Ebene und appelliert an die Kanzlerin.

Der Vorstand der IGM handelt dabei nicht aus einem Führungs- und Orientierungsdefizit, sondern sehr bewusst, auch wenn festgestellt werden muss, dass eine politökonomische Analyse der Krise unterblieb. Die Mehrheit des Hauptvorstands der IGM unterstützt die Standortpolitik und setzt auf einen Krisenkorporatismus, auf Burgfriedenspolitik, was letztlich Selbstentwaffnung bedeutet. Und außerdem fällt die IG Metall-Führung damit den Arbeitenden anderer Länder in den Rücken. Auf die Kolleginnen und Kollegen der Metallindustrie kann sie sich dabei nicht berufen: laut einer Studie von Thomas Haipeter lehnen sie die Verzichtspolitik ihrer Führung ab (3), selbst wenn die meisten noch nicht von sich aus aktiv werden.

Was also tun nach diesem gar nicht „heißen Herbst“?

1. Politischer Streik gegen Sparpaket und sozialen Kahlschlag

Die Beiträge für die Sozialkassen steigen immer heftiger für die Lohnabhängigen bei immer schlechterer Leistung und immer größere Teile sind in ihrer materiellen Existenz dadurch bedroht. Der soziale Kahlschlag frisst mehr auf als eine noch so erfolgreiche Tarifrunde wieder hereinholen könnte. Ohne politische Streiks ist kein noch so kleiner Erfolg gegen

diesen Raub möglich. Die Verzichtspolitik muss ein Ende haben! Wir müssen weiter dazu informieren und den politischen Streik propagieren. Außer ver.di hat auch die IG BAU einen positiven Beschluss zum politischen Streik gefasst – die Debatte um die Umsetzung dieser Beschlüsse muss weiter gehen! Das heißt, dass die Genossinnen und Genossen, die aktiv im Betrieb und Gewerkschaft tätig sind, sowohl in gewerkschaftlichen und betrieblichen Gremien wie den Vertrauensleutkörpern Anträge und Resolutionen dazu stellen sollten.

2. Klassenbegriff und Grundwiderspruch

Das Verständnis von Lohnarbeit und Kapital ist eine Voraussetzung für eine klassenkämpferische Veränderung der Gewerkschaften. Ohne das Wissen um den Grundwiderspruch können wir der Spaltung der Arbeiterklasse nicht entgegenreten - das ist unsere zentrale Aufgabe in der Bildungsarbeit, auch und vor allem im Betrieb.

3. Antikapitalismus

ist die Voraussetzung, dass über eine andere Gesellschaftsordnung nachgedacht wird. Unsere Strategiedebatte heißt nicht „gutes Leben“ und auch nicht „ökologischer Umbau“ des Kapitalismus oder „Wirtschaftsdemokratie“ - unsere Strategiedebatte heißt „Nieder mit dem Lohnsystem“, heißt „Kapitalismus abschaffen“.

Anmerkungen:

(1) Verdi-Rundbrief von Frank Bsirske vom 6. Juli 2010

(2) Hamburger Abendblatt vom 6.11.2010

(3) Thomas Haipeter „Erneuerung aus der Defensive? Gewerkschaftliche Perspektiven der Tarifabweichung“, in WSI-Mitteilungen 6/2010 der Hans-Böckler-Stiftung (nach jW vom 29.6.2010). Oder auch Thomas Haipeter, „Betriebsräte als Tarifakteure“ in IAQ-Report 2010-01. Die Studie belegt, dass die Metaller die Verzichtspolitik ihrer Führung nicht von sich aus befürworten.